

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konfordiastraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Riden, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Telefon: 4692

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

## Bericht über die außerordentliche Verbands-Generalsammlung in Düsseldorf.

Nach langen schweren Kriegsjahren traten am 14. September am Sitz der Hauptgeschäftsstelle unseres Verbandes die Vertreter von über 80000 christlich organisierten Textilarbeitern und Arbeiterinnen zusammen. Zusammen mit den Mitgliedern des Zentralvorstandes und Verbandsausschusses waren es 129 Delegierte. Davon waren erfreulicherweise 16 Kolleginnen, die nun Schulter an Schulter mit den Kollegen unserm Verbande unter den wesentlich veränderten Verhältnissen eine neue Gestaltung geben werden.

Die Erlangung der Reiseerlaubnis für unsere Vertreter zur Generalversammlung aus dem besetzten Gebiete war mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden. In den Bezirken Crefeld, M.-Gladbach und Lachen haben wir zur Zeit weit über 25000 Mitglieder. Leider ist mehreren Delegierten die Ausstellung von Verkehrs-erlaubnisscheinen für die Tage der Generalversammlung verweigert worden. Die Besetzungsbehörden haben ihren ablehnenden Standpunkt damit begründet, daß es für solche Zwecke keine Reiseerlaubnis gebe.

Trotzdem sah unsere Generalversammlung eine stattliche Zahl von Delegierten aus allen Ecken Deutschlands beifammen. Dadurch trat schon nach außen hin die impo- nierende Entwicklung, die unser Verband genommen, in die Erscheinung. Aus ganz kleinen Anfängen und unter großen Mühen und Opfern ist unsere Organisation zu einer machtvollen und einflussreichen Ver- einigung der christlichen Textilarbeiterschaft Deutschlands geworden.

Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil die früheren Zentralvorstandsmitglieder Franz Fischer und Jakob Pisch, Kollege Cammann vom Zentralverband christlicher Tabakarbeiter, Hillekamp von der Konsum- genossenschaft „Selbsthilfe“ in Düsseldorf und Herr Druckereibesitzer van Aken jun. aus Crefeld. Bei der Nachmittagsverhandlung erschienen als Vertreter des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Kollegin Teusch, Mitglied der deutschen Nationalversammlung, und Kollegin Buhrtmann vom Generalsekretariat in Adln. Das Reichswirtschaftsministerium bedauerte in einem Schreiben, keine Vertretung entsenden zu können und bat um Uebermittlung der Beschlüsse.

Der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Otte, er- öffnete die Verhandlungen, begrüßte alle Vertreter und Gäste, besonders aber die aus dem besetzten Gebiete an- wesenden Kolleginnen und Kollegen, und betonte, daß wir trotz aller Abspaltungsvorwürfe den Glauben an ein einiges Deutschland nicht aufgeben. Wir lebten in einer Zeit, die besonders ernst und hart für uns Textilarbeiter sei. Diesem Ernst der Zeit hätten wir Rechnung zu tragen. Die Generalversammlung habe Beschlüsse von weittragender Wirkung zu fassen. Die neue Zeit habe einen gewaltigen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung gebracht. Die christ- lichen Gewerkschaften im allgemeinen wie insbesondere unser Verband haben daran teilgenommen. Die in der letzten Zeit vielfach zutage getretenen Unduldsamkeiten gegen christliche Arbeiter und Arbeiterinnen können uns nicht schrecken. Wir glauben an die

### Macht und Sieghaftigkeit unserer Ideen.

Mit der Aenderung der äußeren Formen wird man nicht durchkommen. Wir brauchen neuen Geist und eine inner- liche Erneuerung. Unsere Verhandlungen sollen getragen sein im Glauben an die Sieghaftigkeit unserer Ideen. Lebhafter Beifall folgte dieser Ansprache.

In das Büro der Versammlung wurden einstimmig gewählt die Kollegen Otte und Jährenbrach als Vor- sitzende, Kollegin Schienbein-Eberfeld und Melcher- Greiz als Schriftführer, die Kollegin Creszenz Mayr- Kugeburg, sowie die Kollegen Sitterle Zell. W., J., Riesen-Lobberich und Hude-Neumünster als Beisitzer.

In die Mandatprüfungskommission wurden gewählt: Alföld-Warmen, Jungnickel-Neuhadt, Wiebe- mann-Immenstadt, Josefine Heibering-Bocholt und Buchner-Baldkirch.

Auf Antrag des Kollegen Ernst Künnele wurden in eine besondere Kommission zur Beratung der Statuten

gewählt: Camps-Münster, Müller-Crefeld, Büchsen- schütz-Barmen, Neujean-Lachen, Kiefer-Börsch, Langen-Giesenkirchen, Waller-Barmen, Frau Leh- mann-Bittau.

Vom Kollegen Otte wurde bei der vorigen Nummer auszugsweise veröffentlichte Geschäftsbericht des Zentralvorstandes erläutert. Wir können uns heute auf einige ergänzende Ausführungen des Kollegen Otte be- schränken. Er führte etwa wie folgt aus:

Wir sind keine Freunde des gewalttätigen Umsturzes. Die tieferen Quellen des Umsturzes erkennen wir an. Nur auf dem Wege der Demokratie können wir zu ge- rechten und sozialen Zuständen kommen. Heute muß unsere ganze Arbeit darauf eingerichtet sein, wieder auf- zu bauen. Mit der radikalen Taktik kommen wir nur noch tiefer ins Elend hinein. Neben den Rechten stehen auch Pflichten. Eine innerliche Erneuerung haben wir notwendig.

Am meisten umgeleert haben unsere Mehrheits- sozialisten. Diese vertreten heute vieles von dem, was wir früher schon vertreten haben. Die Wirtschafts- und Arbeitsverfassung hat uns manche Verbesserungen ge- bracht. Die Revolution war nicht notwendig, um uns das zu bringen. Das Abkommen mit den Ar- beitgebern vom 15. November war der Anfang einer bedeutenden Aenderung. Vor der Revolution hatte man uns das schon zugestanden. Die Gewerkschaften wurden als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.

Später ist man über diese Vereinbarung vom 15. November noch hinausgegangen. Am 4. Dezember vorigen Jahres ist die

### Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

zustande gekommen. Eine Errungenschaft, wofür wir früher jahrzehntelang vergeblich gekämpft haben. Ein Wirtschaftsparlament, das einzig besteht von allen Kultur- staaten der Welt. In diesem Parlament soll sich alles ergänzen und harmonisch ineinander greifen.

In der Textilindustrie hat diese Arbeitsgemeinschaft nach oben hin ihre Spitze gefunden in der zentralen Kommission. Festlegung der 46 stündigen Arbeitszeit mit freiem Samstag-Nachmittag, Richtlinien für den Abschluß von Tarifverträgen und nach Juni noch die Gewährung von Ferien für die Arbeiter in der Textil- industrie, sind wichtige Vereinbarungen zum Vorteile der Arbeiterschaft, die bis jetzt erzielt wurden. Ein ganz anderer Aufbau der Arbeitsgemeinschaft ist jetzt im Werden.

Die Beschäftigung ist nach wie vor noch schlecht. Die vorhandenen Rohstoffmengen sind verteilt worden. Die Erzeugnisseindustrie, die während des Krieges entpor- gekommen war, ist nach und nach zurückgegangen. Was wir notwendig haben, sind nicht Auslandswaren, sondern Auslandsrohstoffe. In der Baumwoll- industrie, die über die Hälfte der sämtlichen Textilarbeiter beschäftigt, sieht es am allerschlimmsten aus. In der Beurteilung dieser Dinge dürfen wir aber nicht zu schwarz sehen. Gewiß haben wir einen schweren Stand. Wir machen aber nicht nur allein in Deutschland einen Umschwung durch. Die wirtschaftlichen Umwälzungen machen sich in allen Industrieländern bemerkbar. Wenn es auch schwer ist, wieder hochzukommen, wir wollen doch nicht zu schwarz sehen. Wir werden wieder hochkommen, wenn Arbeitsfreude bei uns eingekehrt sein wird.

In der Frage des Mehrstuflsystems muß der Beschluß der Reichswirtschaftsstelle maßgebend sein. Kein Zwei- und Mehrstuflsystem, wenn noch arbeitslose Leute vorhanden sind. Grundsätzlich können wir uns nicht da- gegen hemmen. In den Orten, wo das Mehrstufl- system bereits wieder eingeführt wurde, besonders im besetzten Gebiete, sind die Fabrikanten im Vorteil. Diese Gebiete würden dann ein großes wirtschaftliches Ueber- gewicht erhalten gegenüber jenen Gebieten, die sich dauernd gegen die Bedienung von Mehrstuflern wenden. Der Gesamtarbeiterschaft ist aber damit letzten Endes nicht gedient.

In der heutigen Situation können wir weder bei Zwangswirtschaft noch der Aufhebung derselben das Wort reden. Die freie Initiative darf nicht voll- ständig beseitigt werden, dem vollständig freien Spiel der Kräfte kann dagegen auch nicht das Wort geredet

werden. Mit den Rezepten der Unabhängigen lassen sich diese schwerwiegenden Fragen auch nicht lösen.

Hierauf erläuterte der Berichterstatter die von uns bereits in voriger Nummer veröffentlichten Zahlen über Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes. Im letzten Teile seines Berichtes ging Kollege Otte etwas näher ein auf den von Mitgliedern des Deutschen Verbandes uns gegenüber ausgeübten Terrorismus. Dieser sei schlimmer wie der früher von den schlimmsten Scharf- machern ausgeübte Druck. Der Vorstand des Deutschen Verbandes hat diese Praktiken bisher nicht verurteilt. Wir wollen den Kampf nicht. Wir wollen in wirtschaft- lichen Fragen gemeinsam zusammenarbeiten mit dem Deutschen Textilarbeiterverband. Wenn aber der Kampf uns aufgezwungen wird, werden wir uns nicht nur allein auf die Abwehr beschränken. Dann wollen wir nicht nur Anstoß, sondern auch einmal Hammer sein.

Bezüglich des Klassenberichtes sei zu bemerken, daß höhere Leistungen nur möglich seien bei höheren Beiträgen. Zentralvorstand und Verbands- ausschuss seien mit ihren Entwürfen bis an die Grenze des Möglichen gegangen.

Einen unvernünftigen Radikalismus haben wir nicht mitgemacht. Dieser wird später an sich selbst zu Grunde gehen. Zielbewußte Vertretung der Arbeiterinteressen sei für uns nur im Geiste christlich-sozialer Auffassung möglich. In diesem Geiste müßten wir arbeiten. Wenn wir an den Sieg unserer Ideen glauben, dann wird unser Verband weiter wachsen, blühen und gedeihen. Die Versammlung sollte diesem Bericht großen Beifall.

Der Zentralassessor, Kollege Schaffrath, ergänzte in wichtigen Punkten den Klassenbericht. Im Auftrage der Klassenrevisoren berichtete Kollege Gehring-Jöllenbeck über die stattgefundene Klassenrevision und beantragte Entlastung des Kassierers, da bei der Revision sich alles in musterergültiger Ordnung vorgefunden habe. Der An- trag fand einstimmige Annahme. Eine längere anregende Aussprache schloß sich diesen Berichten an.

In der Nachmittagsverhandlung hielt Kollegin Teusch einen begeisterten Vortrag über:

### „Unsere Grundsätze in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.“

Wir können leider ihre Ausführungen heute nur kurz andeuten.

Das Allernotwendigste ist für die Gegenwart, das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Fluß zu bringen. Das Fundament für diese Arbeit ist gegeben in der Verfassung. Es ist nun nötig, Stützpunkte an verschiedenen Ecken zu errichten. Die werttätige Be- völkerung ist von der allergrößten staatsbürgerlichen und volkswirtschaftlichen Wichtigkeit.

Drei Werte sind es, um die gekämpft wird: 1. Arbeit, 2. Vaterland, 3. Christentum. Gewerkschaftliche, nationale und christliche Grundsätze sind es, die wir verteidigen. Nach der sachlichen Seite hin bedeute dies: Für aus- reichende und menschenwürdige Lohn- und Arbeits- bedingungen sorgen. Auf Grund entsprechender Berufs- leistung haben sowohl Geistes- wie Handarbeiter auf die Erfüllung dieser Bedingung Anspruch. Unsere Bewegung will reine gewerkschaftliche, nicht politische Partei- zwecke verfolgen. Für gleiche Arbeit fordern wir gleichen Lohn. Das gilt besonders hinsichtlich der Frauenarbeit. Manche sind die erwerbstätigen Frauen ein Dorn im Auge. Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, die Frauen mit den Männern in gemeinsamen Organisationen zusammen zu halten. Nur dann kann die Arbeiterin von der Lohnkürzerei gerettet werden.

Zielbewußt und planvoll muß unser Wirken sein. Sachlichkeit in den Menschen müssen wir fördern. Die Gewerkschaft muß dem Einzelnen Stärke geben. National- grundsatz muß sein und werden, daß jeder Deutsche seine volle geistige und körperliche Kraft in den Dienst des Staates stellt. Allerdings verstehen wir unter der Nation das Volk und nicht die gerade Herrschenden.

Schließlich gilt der fundamentale Grundsatz, daß auch der wirtschaftliche Kampf auf der sittlichen Lehre des Bergpredigt, der zehn Gebote, sowie des neuen Testa- ments aufzubauen sein muß. Die von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Ausführungen fanden in der Versammlung stürmischen Beifall.

Nach einer längeren interessanten Aussprache fanden nachfolgende Entschlüsse einstimmige Annahme:

Gegen Bergewaltigung und Terror.

Die Verbandsgeneralversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands beurteilt mit aller Entschiedenheit den in letzter Zeit in verschiedenen Bezirken zutage tretenden Terrorismus, welcher insbesondere gegenüber unseren Mitgliedern von Anhängern des Deutschen Textilarbeiterverbandes ausgeht wurde.

Für die Reichseinheit.

Die in Düsseldorf tagende Generalversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes bekennt sich zu dem Gedanken des deutschen Einheitsstaates. Sie betrachtet alle Parteipolitikbestrebungen in erster Linie als eine Schwächung der wirtschaftlichen Gesamtkräfte, welche für die Arbeiterschaft von besonderem Nachteil ist.

Für die Forderung der Genossenschaftsbewegung.

Durchführungen von der Notwendigkeit einer strengen Genossenschaftsbewegung empfiehlt die Generalversammlung den Mitgliedschaften die Einführung und Ausbreitung von Konsumvereinen des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Sitz Köln-Mülheim, auf neutraler Grundlage, in den einzelnen Orten nach Kräften zu fördern.

Am Vormittag des zweiten Verhandlungstages erstattete Kollege Otte ein gut durchdachtes Referat über: Sozialisierung und Räteystem. Dann folgte daran anschließend ein recht instruktiver Bericht des stellvertretenden Verhandlungsleiters, Kollegen Fahrnbrach, über: Arbeitsgemeinschaft und Tarifverträge.

In der sehr ergiebigen Diskussion berichteten die Delegierten über bei Lohn- und Tarifbewegungen gemachte Erfahrungen, es wurden Wünsche geäußert hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaft und der Errichtung einer besonderen Tarifstelle bei der Zentralstelle des Verbandes. Es wurde unter anderem die Aufnahme der internationalen Beziehungen mit den christlich organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen anderer Industrieländer angeregt.

Die Arbeiter hätten daran, daß sich alle Arbeitgeber reflexlos organisierten, das größte Interesse. Heute käme es noch vielfach vor, daß Unternehmer die Einführung von Tarifen mit der Begründung ablehnten, sie hätten mit den Dingen nichts zu tun, da sie nicht dem Arbeitgeberverbande angeschlossen wären.

Fraulein Buhmann, Leiterin des Arbeiterinnensekretariats in Köln, berichtete über die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeiterinnen-Sekretariaten.

In allererster Zeit würde vom Gesamtverband eine Zeitschrift speziell für die christliche Arbeiterinnenbewegung herausgegeben. Diese soll den Angestellten sowohl wie den Betriebsangehörigen Material an die Hand geben für die Arbeit in der christlichen Arbeiterinnenbewegung. Der Förderung der Arbeiterinnenbewegung innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung müsse die größte Beachtung geschenkt werden.

Von Delegierten wurde weiter besonders nachdrücklich die Schulung und Bildung der Mitglieder in besonderen Kursen verlangt. An der städtischen und geistigen Schulung des Textilarbeiterverbandes müsse mit aller Kraft gearbeitet werden. Ferner wurde von einem Delegierten nach über Erfolg durch Gründung besonderer Arbeiterinnen-Kommissionen berichtet.

nicht Gewehr bei Fuß stehen dürften. Im Gegenteil müßte trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten gerade in dieser wichtigen Frage von uns positiv mitgearbeitet werden.

Kollege Fahrnbrach verlangt für die Bearbeitung des Tarifwesens bei der Zentralstelle die Anstellung eines durchgebildeten Spezialisten. Diese Kraft müsse auch genügende Unterstützung erhalten durch die Mitglieder des Verbandes. Auf die Tagespresse müsse eingewirkt werden, daß sie einen bestimmten Raum unserer Bewegung für Veröffentlichungen zur Verfügung stelle.

Kollege Brauer, Zentralvorsitzender des christlichen Malerverbandes, begrüßte im Namen seines Verbandes die Generalversammlung. Mit Optimismus komme man in der Welt am besten voran. Ihre Erfolge zeigen, daß sie gearbeitet haben. Der egoistische, materialistische Geist muß bekämpft werden.

Referate und Aussprache fanden ihren Niederschlag in der einstimmigen Annahme nachfolgender Entschlüsse:

Für die christlich-sozialen Ideen:

Die Verbandsgeneralversammlung fordert alle Funktionäre und Verbandmitglieder auf, mit aller Kraft für den christlichen Gewerkschaftsgedanken und besonders für die weitere Ausbreitung und Festigung des christlichen Textilarbeiterverbandes tätig zu sein.

Im übrigen bestätigen die heutigen Zustände, welche nicht nur einen bedauerlichen Rückgang des Pflicht- und Verantwortungsgefühls, sondern auch die Herrschaft der Kräfte, die Gewaltsamwahrung und den Mißbrauch der Freiheit wesentlich gefördert haben, daß mit der Herabsetzung der wirtschaftlichen Fragen und der Abwendung der Augen von der Gewerkschaft eine wirkliche Gesundung unserer trübsamen Verhältnisse nicht herbeigeführt werden kann.

Zwangswirtschaft, Sozialisierung und Räteystem.

Der ca. 80000 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen vertretende Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hält vor allem mit Nachdruck darauf, daß besonders die Textilindustrie schwer darniederliegt und zum Wiederaufbau derselben regimäts Initiative und privater Wagemut nicht entbehrt werden können, eine überaus wichtige Aufgabe nicht für ein geeignetes Mittel, um die Industrie wieder hoch zu bringen bezw. um den Erfordernissen, welche an der Wiederaufbau gestellt werden, gerecht zu werden.

Bezüglich der Sozialisierung der Textilindustrie stellt sich der Verbandstag auf den Standpunkt, daß die sowohl in der Produktion wie auch im Konsum der Textilindustrie sehr wichtige und verschiedenartige Textilindustrie für eine Sozialisierung, wie sie von radikaler Seite vertreten wird, nicht in Frage kommen kann.

Indem der Verbandstag im Interesse der Textilarbeiter eine Sozialisierung dieser Art ablehnt, stellt er sich jedoch auf den Boden einer weiteren Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft dahingehend, daß diese noch mehr zum Selbstbestimmungsorgan unter größerer Anteilnahme der Arbeiterschaft ausgebaut wird.

Erwerbslosenfürsorge und Löhne.

Angefaßt der voranstehende noch länger andauernden jüdischen und unjüdischen Beschäftigung in der Textilindustrie hält die Verbandsgeneralversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes eine entsprechende Arbeitslosenfürsorge für die unternehmende oder teilweise erwerbslose Textilarbeiter für eine dringende Notwendigkeit. Die heute an vielen Stellen begehnten Löhne reichen zur Erhaltung nicht aus und bedürfen der Anhebung.

wirkung des Staates ein gerechter Ausgleich in den Löhnen der einzelnen Berufsgruppen, zu Gunsten der im Verhältnis zu schlecht gestellten Gruppen herbeigeführt werden.

Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels, der Ernährung- und Rohstoffe.

Der Verbandstag protestiert gegen den noch immer auftretenden Wucher- und Schleichhandel und die damit verbundene zunehmende Lebensmittelpreiserhöhung. Der Wucher- und Schleichhandel sind entscheidener wie bisher zu bekämpfen, und unsere Mitglieder werden besonders gebeten, hier nach allen Kräften mitzuwirken.

In Anbetracht des bevorstehenden schweren Winters, mit Teuerung, Kohlennot etc., fordert der Verbandstag vor allen Dingen, daß zunächst die Gemeinden und Kreise die Kohlenversorgung für die werktätige Bevölkerung sicherstellen. Ueberall sollte eine Entfaltung, unter Vereinstellung finanzieller Beihilfen, ermdmöglichst werden. Des Weiteren ist eine gerechte Verteilung der vorhandenen Kohlenmengen an den einzelnen Orten notwendig, sodann u. a. äußerste Beschränkung der Vergütungs- und Tarifierale im Kohlenbezug bezw. Steigerung dieser Lokale. Vor allem sollte auch für zeitige Bereitstellung von anderen Brennstoffen (Holz, Torf etc.) gesorgt werden.

Wohlfahrtversicherung.

Die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands hält es für notwendig, in härterem Maße wie bisher, für die weitere Ausbreitung der deutschen Wohlfahrtversicherung einzutreten. Sie richtet deswegen an alle Funktionäre und Ortsgruppenvorstände des Verbandes die dringende Bitte, die zu diesem Zwecke notwendigen Schritte unverzüglich in die Wege zu leiten.

Letzter Verhandlungstag.

Bei Eintritt in die Verhandlungen verließ der Leiter der Versammlung, Kollege Otte, ein Schreiben des Regierungspräsidenten Herrn Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Kruse. Darin wird das Interesse an den Ergebnissen der Versammlung zum Ausdruck gebracht und dem Bedauern Ausdruck gegeben, an den Verhandlungen nicht teilnehmen zu können oder eine Vertretung zu entsenden.

Als Vorsitzender der Statutenberatungskommission ist von dieser Kollege Camps-Münster gewählt worden. Dieser bezieht in eingehender Weise über die Arbeiten der Kommission. Die durch die Kommission am Satzungsentwurf des Zentralvorstandes und Verbandsauschusses vorgenommenen Änderungen sind im allgemeinen unwesentlicher Art. Nur in bezug auf die Zusammensetzung des Hauptvorstandes ist die Kommission über den Entwurf des Zentralvorstandes und Verbandsauschusses hinausgegangen.

Die Berufungskommission (Verbandsauschuß) soll bestehen aus neun alle zwei Jahre durch die ordentliche Verbandsgeneralversammlung zu wählenden Mitgliedern, die nicht dem Zentralvorstand angehören und von dem höchstens zwei Verbandsangestellte sein dürfen. Ueber Beschwerden gegen den Zentralvorstand entscheidet in gemeinsamer Sitzung mit diesem der Verbandsauschuß und faßt selbständig mit Zweidrittel-Mehrheit seine Beschlüsse.

Alle Ortsgruppen werden Lokalsekretariaten zugeteilt. Im Bereiche der Sekretariatsbezirke werden aus den beteiligten Ortsgruppenvorständen Kommissionen gewählt, die über alle Verbandsmaßnahmen mitberaten und besonders die Höhe der an das Lokalsekretariat abzuführenden Beiträge zu beschließen haben.

Beiträge und Unterstützungsrichtungen

wurde der vom Zentralvorstand und vom Verbandsauschuß vorgelegte Entwurf, der durch die Kommissionsverhandlungen nur kleine unwesentliche Änderungen erfahren hatte, von der Generalversammlung mit übergroßer Mehrheit angenommen.

Die Versammlung beschloß einstimmig die Einführung nachfolgender Unterstützungen: 1. Streikunterstützung, 2. Gemeinregelunterstützung, 3. Umzugsunterstützung, 4. Reiseunterstützung, 5. Krankenunterstützung, 6. Arbeitslosenunterstützung, 7. Sterbegeld, 8. Unfallunterstützung und 9. Unterstützung in Notfällen. Die Höhe der Sätze wurden in der vom Zentralvorstand und Verbandsauschuß entworfenen Fassung, die auch von der Statutenkommission angenommen worden war, beschlossen.

Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten der höheren Beiträge erklärte sich die Versammlung mit dem 1. November 1919 und für das Inkrafttreten der beschlossenen Unterstützungen mit dem 1. April 1920 einverstanden.

Alle Anträge auf Freistellung von Beamten wurden dem Zentralvorstand zur Erledigung überwiesen. Ferner die Frage einer etwaigen Verlegung der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes. Ein Antrag, in allen abzuschließenden Lohnverträgen soll § 616 des BGB. Anwendung finden, fand einstimmige Annahme. An der Zentralstelle des Verbandes wird ein besonderes Dezernat für Tarifwesen und Fachbildung eingerichtet. Desgleichen soll vom Verbandsauschuß ein Reichstextilarbeiter-Gewerkschaftsrat werden.

Das Verbandsorgan soll in vermehrtem Maße auf die Denkart der weiblichen Mitglieder Rücksicht nehmen; eventuell durch Einrichtung einer besonderen Arbeiterinnenseite.

Der Zentralvorstand wird beauftragt, beim Gesamtverband die Errichtung einer Gewerkschaftsschule zu beantragen, zum Zwecke der Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses des Beamten- und Führerlebens. Ferner wurde er beauftragt, bei der Reichsregierung Schritte zu unternehmen, damit diese der fortwährenden Erhöhung der Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel ihr Augenmerk schenkt und besonders dem Wucher und Schleichhandel mit den allerhöchsten Mitteln entgegenarbeitet.

Endlich erhielt der Zentralvorstand den Auftrag, die Vorschläge der Bodenreform sowie die Förderung des Kleinwohnungsbaues und Kleinstiedlungswehens in tatkräftiger Weise zu unterstützen. Die Fragen der Boden- und Wohnungsreform sind in volkstümlicher Weise öfter im Verbandsorgan zu besprechen. Vom Verband soll die Errichtung einer eigenen Gewerkschaftsbank an zuständiger Stelle angeregt werden. Desgleichen die Errichtung von Arbeitererholungsheimen.

Ein Antrag betreffend Zusammenlegung der rheinischen Verbandsbezirke entsprechend der Bildung der Untergruppe Rheinland der Arbeitsgemeinschaft für Textilindustrie wurde dem Zentralvorstand zur Erledigung überwiesen. Die Zusammenlegung der Bezirke soll durch den Verbandsvorstand erfolgen, wenn dafür die Voraussetzungen gegeben sind.

Die Generalversammlung beschloß dann eine anderweitige Regelung der Beamtenegehälter. Als Tagungsort der nächsten Verbandsgeneralversammlung wurde Freiburg in Baden einstimmig gewählt.

Als erster Zentralvorsitzender wurde Kollege Bernhard Otte, der bisher stellvertretender Vorsitzender gewesen, gewählt. Als zweiter Zentralvorsitzender Kollege Heinrich Fahrendrath, als Schriftleiter Kollege Gerhard Müller und als Kassierer Kollege Heinrich Schaffrath. Als Beisitzer zum Zentralvorstand wurden gewählt die Kollegen Camps-Bocholt, Weber-Nachen, Kümmele-Börrach, Voigt-Dresden, Müller-Crefeld, Mehrmann-Sangerfeld, Burghoff-Monsdorf, Anna Kießes-Wierßen, Pardon-Benn, Benning-Bocholt.

In den Verbandsausschüß wurden gewählt die Mitglieder Menzerath-Nachen, Nießen-Crefeld, Rorman-Goesfeld, Waller-Barmen, Benning-Hannover, Piefer-Säckingen, Alwine Lehmann-Niederderwis, Gressenz-Mahr-Augsburg, Alfeld-Barmen.

Als Rassenrevisoren wurden einstimmig gewählt die Kollegen Gehring-Jöllenbeck, Zell-Barmen und Sauren-Düren.

Darauf nahm die Versammlung nachfolgende Entschlüsse einstimmig an:

**Mehr Wohnungen und Land.**

Die Verbandsgeneralversammlung läßt eine größere Initiative auf dem Gebiete des Wohnungsbaues jenseits der Regierung und vor allen Dingen auch seitens der Gemeinden für dringend notwendig. Des ferneren könnte auch dem Wohnungsmangel durch festere Zugriffe auf dem Gebiete der Nationalisierung und Freimachung von Wohnungen noch mehr abgeholfen werden.

Weiterhin sollte in den Gemeinden und Städten (vor allem in den Mittel- und Kleinstädten) den Arbeitern mehr die Möglichkeit gegeben werden, Sandpavellen zu mäßigem Preise entweder pachten oder kaufen zu können.

**Forschungsanstalt für die Textilindustrie.**

Die außerordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, die mehr als 80000 organisierte Berufsgenossen vertritt, fordert von den Regierungen des Reiches und der Gliedstaaten den sofortigen Ausbau und die ausreichende Unterstützung von Forschungsanstalten für die Textilindustrie. Wie kein anderer Erwerbszweig, ist die Textilindustrie auf die Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande angewiesen; sie hat aus diesen und anderen Gründen die Mobilmachung aller Kräfte dringend nötig. Als eine der stärksten Industrien im Reich hat sie Anspruch auf weitgehendste Förderung durch unvoreingenommene, wissenschaftliche Untersuchung und Beratung aller ihrer Lebensfragen, namentlich hinsichtlich des Rohstoff und Lohnproblems, der Produktionsmethoden und anderer spezifischer Bedürfnisse.

In diesen Arbeiten sind unter allen Umständen Vertreter der organisierten Textilarbeiter in ausreichender Anzahl mit gleichen Rechten und Pflichten zu beteiligen.

Die Generalversammlung erhebt deshalb entschiedenen Anspruch auf Berufung von Angehörigen des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in allen Forschungsanstalten.

Die Versammlung beschäftigte sich dann noch mit den notwendigen Maßnahmen für die Berichterstattung über die Generalversammlung in den Ortsgruppen des Verbandes. Ferner wurde die Abhaltung mehrerer Vorkonferenzen im Anschluß an die Generalversammlung beschlossen. Außerdem findet anschließend an die Generalversammlung eine besondere Konferenz aller Verbandsangehörigen statt.

Fräulein Burthmann-Göln erklärte ihre Befriedigung mit den Verhandlungen der Tagung und wünschte, daß die gefaßten Beschlüsse dem Verbandsorgan zum Vorteil gereichen möchten.

Kollege Waller-Barmen dankte der Versammlungsleitung für ihre anerkennende Geschäftsbesprechung.

Kollege Otte hob in einem recht kernigen Schlusswort hervor, daß nun zielbewußt und beharrlich weitergearbeitet werden müßte. Wir schaffen und bauen mit an Deutschlands Zukunft. Mit einem Brausen auf-

genommenen Hoch auf den Verband wurde die in allen Teilen überaus harmonisch und einträchtig verlaufene Versammlung von Kollegen Otte geschlossen.

**Allgemeine Rundschau.**

**Mehr Schutz dem Mieter**

Wird in einer Eingabe der christlichen Gewerkschaften und katholischen Arbeitervereine von M.-Glabach vom Oberbürgermeister und von der Stadtverordnetenversammlung gefordert.

Aus der Begründung, die ein allgemeines Interesse hat, veröffentlichten wir nachfolgenden Auszug:

In unserer Stadt ist der Wohnungsmangel bereits so weit gediehen, daß vielfach schon mehrere Familien eine kleine Wohnung benutzen und auf einzelne durch Sterbefall oder Wegzug freierwerdende Wohnungen sich hunderte Bewerber melden. Die Folge ist überall übermäßige Mietsteigerung und Kündigung solcher Familien, die sich wehren wollen und wegen großer Kinderzahl dem Vermieter weniger genehm sind. Die jüngst von der Stadtverwaltung eingeführte Erhöhung des Kündigungsrechts ist zweifellos geeignet, die Lage der Mieter etwas zu bessern. Aber trotzdem bleibt die Not noch fürchterlich groß, sodaß dahin getrebt werden muß, alle Beklebe dem Gemeinwohl dienlich zu machen.

Als Hilfsmaßregel kommt unseres Erachtens in erster Linie eine weitere Freimachung vorhandener Räumlichkeiten zu Wohnzwecken und eine gewisse Nationalisierung der Wohnungen in Betracht.

Wenn man die Straßen in dem besseren Stadtviertel abgeht und Gelegenheit hat, in einzelne Häuser Einblick zu nehmen, so drängt sich ohne weiteres die Ueberzeugung auf, daß ohne Härte zahlreiche zwei- und mehrzimmrige Wohnungen zur Verfügung stünden, wenn ein Teil der Bevölkerung nur ein wenig den augenblicklichen Mietverhältnissen Rechnung tragen wollte. Aber kaum einer, der es wirtschaftlich nicht notwendig hat, pflegt freiwillig etwas von seiner Bequemlichkeit zu opfern. Sicher wollen wir einer Zwangsreinquartierung nicht ohne weiteres das Wort reden, verlangen müssen wir aber, daß jeder der öffentlichen Not Rechnung trägt, indem Besitzer größerer Häuser oder Wohnungen an alleinlebende Personen oder nahelebende kleine Familien die erforderlichen Räumlichkeiten ablassen und damit die von diesen jetzt innehabenden Wohnungen für die Allgemeinheit freimachen. Dieses Resultat pflegt schon erreicht zu werden, wenn nur die Zwangseinquartierung angebroht werden kann.

Wir beantragen deshalb die entsprechenden Vollmachten bei der Staatsregierung nachzufragen und nachdrücklich auf eine richtige Ausnutzung allen Wohnraumes hinzuwirken. Aufmerksam machen müssen wir dabei noch auf die Tatsache, daß hier in der Stadt auch noch vielfach Geschäftszwecke und Wirtschaften, die leer liegen oder absolut zwecklos benutzt werden, sich Wohnzwecken dienlich machen lassen.

Ergänzt werden müssen die vorangedruckten Maßnahmen durch Anordnungen zur Verhinderung des Mietwuchers nach der Verordnung vom 22. 6. 1919. Wenn jeder Abschluß eines Mietverhältnisses vom Vermieter der Gemeindebehörde angezeigt werden muß und sowohl die Gemeindebehörde innerhalb einer Woche nach erfolgter Anzeige, wie auch der Mieter binnen zwei Wochen nach Abschluß des Vertrages beim Mieteinigungsamt die Herabsetzung der Miete auf einen angemessenen Betrag nachsuchen kann, so ist wenigstens in etwa dafür Sicherheit gegeben, daß allzugroße Mietsteigerungen unterbleiben. Jedenfalls hat dann ein Mieter, der unter dem Drucke der Wohnungsnot einen zu hohen Mietpreis bewilligen mußte, hinterher noch die Möglichkeit, Nachprüfung und Ermäßigung des Mietpreises herbeizuführen. Heute haben sich in der Stadt die Dinge vielfach recht schlimm entwickelt, und es sind immer wieder die kinderreichen Familien, denen die größten Lasten aufgebürdet werden.

Die unterzeichneten Organisationen stellen darum hiermit an die Stadtverwaltung das Ersuchen, baldmöglichst die nach der Verordnung vom 22. Juni 1919 zulässigen Anordnungen der Landesregierung herbeizuführen zu wollen.

**Reform der Reichsversicherungordnung.**

Die Reichsregierung plant eine Reform des vierten Buches der Reichsversicherungordnung vorzunehmen und die Beiträge für die Reichsversicherungen durchweg zu erhöhen. Eine Erhöhung der Beiträge läßt sich wegen der beabsichtigten Erhöhung der Renten nicht umgehen. Das Reich will in Ermägung ziehen, ob in Zukunft ein Teil der Rentenzulage nicht vom Reich übernommen werden kann, um die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht zu stark zu belasten. Ob es möglich ist, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen.

**Kohlenkrise oder Transportkrise?**

Der „Vorwärts“ erklärt in einem Artikel, daß die Kohlenkrise in Wahrheit eine Transportkrise sei. Es würden z. B. in allen Kohlengebieten trotz der stark gesunkenen Arbeitsleistung noch immer mehr Kohlen gefördert als abtransportiert werden können. Die Bergleute sähen auf den Schächten die Kohlenvorräte immer mehr wachsen und nähmen daher den Appell zur Arbeit mit Unerschrockenheit und Knieknien an. Erst müßte dafür gesorgt werden, daß mehr Verkehrsmaterial - Lokomotiven und Eisenbahnwagen - bereitgestellt werden, dann könne der Auf in die Bergleute erst wirksam sein.

Diese Darstellung ist auch nach uns zugegangenen Informationen teilweise zutreffend. Der erste Grund

des Kohlenmangels soll das Fehlen der Lokomotiven zum Abtransport der Kohlen sein. Die Zahl der vorhandenen Lokomotiven wäre ausreichend, aber fast alle sollen reparaturbedürftig sein. In den Reparaturwerkstätten würde aber nur noch ein ganz geringer Teil der früheren Arbeit geleistet.

**Steigerung der Kohlenförderung in England.**

Das Pressebüro Radio meldet am 26. August aus Amsterdam, daß der Vorsitzende des britischen Bergarbeiterverbandes, Smillie, in einer Unterredung mit einem Vertreter des Weekly Dispatch erklärte, daß innerhalb kurzer Zeit, vielleicht nur einiger Monate, die Kohlenförderung in England um viele Millionen Tonnen werde vermehrt werden. Wahrscheinlich werde auch eine Ermäßigung des Kohlenpreises eintreten.

**Ein U. S. D. -Hauptling als Schieber.**

Joseph Ernst in Hagen i. W., welcher auf allen Arbeiterkongressen das Rennen für die U. S. D. machte, mächtig auf die Vertreter, die Rechtssozialisten, schimpfte und im Auto als „Volkskommissar“ im Kohlengebiet herumtrieb und die Bergleute verhetzte, ist von der Stadtverordnetenversammlung in Hagen am 18. August als unwürdig erklärt worden, noch länger das Mandat ausüben zu können, weil er als Lieferant an einer äußerst schmutzigen Sache beteiligt ist, wodurch die Stadt Hagen um eine riesige Summe begaunert worden ist. Ernst, der mit allen Klünften es verstanden hatte, sich vom Heeresdienst zu drücken, hatte während der ganzen Kriegszeit in Schleichhandel und Kettenhandel gemimt und sich ein großes Vermögen zusammengekauert. Der Metallarbeiterverband hatte ihn 1915 wegen Unregelmäßigkeiten entlassen.

Ernst, der furchtbar ehrgeizig, nach Mandaten und zuletzt nach einem Ministerposten Jagd machte, hat damit ein jämmerliches politisches Ende gefunden.

Die Arbeiterbewegung ist mit ihm einen Schädling los, der in demagogischer Weise die Massen verhetzte, sich jedoch, wenn ein Sache brenzlich wurde, stets schlau zurückziehen verstand.

Seider finden sich immer noch reichlich Leute, welche solchen Dürchen nachlaufen. Würden die Arbeiter die Worte des alten Bebel: „Seht euch eure Führer an!“ mehr beherzigen, so würde manches um die Arbeiterbewegung besser stehen.

So schreibt der sozialdemokratische „Vorwärts“.

**Kohlenversorgung im kommenden Winter.**

Nach Mitteilungen des Reichskohlenkommissars stehen wir vor einer großen Kohlennot. Streiks im Bergbau und auf den Eisenbahnen, die Verminderung der Zufuhren infolge der Lieferungsverpflichtungen an die Entente, lassen die Versorgungsaussichten für den Winter nur als recht trübe erscheinen. Die Vorräte der großen kohlenverbrauchenden Gewerbe (Eisenbahnen, Gasanstalten u. a. m.) reichen nur für Tage. Die geringste Schwelung in der Kohlenproduktion und der Kohlenanfuhr kann zu einer Katastrophe führen. Angesichts dieser Aussichten ist nur zu empfehlen, daß die Arbeiterschaft alle Möglichkeiten zur Schaffung eines ausreichenden Hausbrandvorrates für den Winter ausnützt.

**Die württembergische Gewerbeaufsicht**

hat ihren Bericht für die Jahre 1914 bis 1918 herausgegeben. Nach dem sehr reichhaltigen Bericht sind in Württemberg Ende 1918 an Gewerbebetrieben mit über fünf Arbeitern 11605 vorhanden gewesen gegenüber 14274 im Jahre 1913. An sogenannten Betriebsbetrieben waren 1918 im Betrieb 1894 gegen 4126 im Jahre 1913. Mitihin war Ende 1918 ein wesentlicher Rückgang von Betrieben gegenüber dem Stande von 1913.

Durch die Gewerbeaufsicht wurden insgesamt 8030 Revisionen vorgenommen, die sich auf 7730 Anlagen erstreckten. Die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten war gegen früher vielseitiger und auch hinsichtlich des von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entgegengebrachten Vertrauens gesteigert.

Wesentlich zurückgegangen sind in der Kriegszeit die Stein- und Erdenindustrie (um 60 %), die Holzindustrie (27 %), das Baugewerbe (51 %), das Bekleidungs-gewerbe (23 %). Die größte Einschränkung hat jedoch die Textilindustrie erfahren. Die Zahl der Arbeiter ist von 57051 im Jahre 1913 auf 22253 gesunken, das ist um 61 %. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter hat um 14422 = 79 %, die der weiblichen um 14787 = 49 %, die der jugendlichen Arbeiter um 5132 = 63 % und die der Kinder unter 14 Jahren um 357 = 65 % abgenommen. Der Rückgang ist um so bedeutender, wenn man bedenkt, daß die Textilindustrie im Jahre 1913 noch etwa 25 % der Gesamtarbeiterschaft in Württemberg gestellt hat, während diese Zahl 1918 auf 9,5 % gesunken ist.

Heim- und Hausarbeit kommen zum größten Teil in der Textilindustrie, vor allem in der Strickerei, Korsett- und Trikotagenfabrikation vor. Die Heimarbeit selbst tritt ebenfalls unter dem Mangel an Arbeit als auch an einem Ueberangebot der Heimarbeitersuchen.

Die Zahl der in ganz Württemberg beschäftigten Arbeiterinnen hat gegenüber vor dem Kriege um 20 % zugenommen und betrug Ende 1918 95544. Jugendliche unter 18 Jahren wurden 30344 beschäftigt, was gegen 1913 eine Abnahme von 4,9 % bedeutet.

Betriebsunfälle wurden 1918 2714, darunter 45 mit tödlichem Ausgang gemeldet. Gegenüber den Friedensjahren ist erfreulicherweise nur eine geringe Steigerung der Unfälle eingetreten.

Der Bericht enthält weiter noch sehr viel wertvolles Material. Es ist jedoch hier nicht möglich, auf alles näher einzugehen. Interessenten werden auf das Anfordern des Berichtes bei der Gewerbeaufsicht verwiesen.

O. R.

**Kriegsanleihe und Deutsche Volksversicherung.**

Da sich unsere Mitglieder 1918 in großem Umfange an der 8. und 9. Kriegsanleihe vermittelt der Kriegsanleiheversicherung beteiligt haben, möchten wir nicht unterlassen, auf folgende weitgehende Fürsorgemaßnahme unserer Deutschen Volksversicherung aufmerksam zu machen.

Unsere Volksversicherung ist nämlich bereit, die im Jahre 1918 abgeschlossenen Kriegsanleiheversicherungen auf Antrag des versicherten Mitgliedes so umzuwandeln, daß die Versicherungssumme nicht mehr in Kriegsanleihe, sondern in bar ausbezahlt wird. Der Antrag muß bald und jedenfalls vor Eintritt des Versicherungsfalles gestellt werden. Der Versicherte hat alsdann die normale Tarifprämie nach Tarif II zu entrichten, während die Gesellschaft ihn vor Kursverlust bewahrt, vorausgesetzt natürlich, daß er die Versicherung aufrecht erhält.

Wer von diesem außerordentlich günstigen Anerbieten Gebrauch machen will, schreibe baldigst mit einfacher Postkarte an unsere Generalrechnungsstelle in Köln a. Rh., Benloertwall 9, und bitte um Umwandlung seiner Kriegsanleiheversicherung; er vergesse aber nicht, seine genaue Adresse und seine Postnummer anzugeben.

Bei der wenig zahlreich abgeschlossenen Kriegsanleiheversicherung anlässlich der 6. und 7. Kriegsanleihe ist, worauf besonders hingewiesen wird, diese Regelung unmöglich. Hier konnte der Versicherte als Eigentümer der Kriegsanleihe nicht anders gestellt werden wie jeder, der Kriegsanleihe eigentümlich besitzt; hier kann ihm als die Entschließung nicht in gleicher Weise erleichtert werden. Wie gesagt, kommt im Verhältnis zur 8. und 9. Kriegsanleihe hier aber nur ein kleiner Kreis in Betracht, während es sich bei der 8. und 9. Kriegsanleihe um eine Beteiligung von rund fünf Millionen Markt handelt. Für die ganz überwiegende Mehrzahl unserer an der Kriegsanleihe beteiligten Mitglieder hat somit unsere Deutsche Volksversicherung durch ihre so weitgehende Fürsorge gleichsam den gordischen Knoten etwaiger Zweifel zerhauen und einen vortrefflichen Ausweg geschaffen.

**Der Graphische Zentralverband,**

die christliche Gewerkschaft für das graphische Gewerbe und die Papierindustrie — ohne Buchdrucker — hielt am 24. und 25. August in Köln seine 5. Generalversammlung ab. Dem für die Zeit vom Juli 1913 bis 1919 erstatteten Geschäftsbericht ist die erfreuliche Tatsache zu entnehmen, daß der Verband den Krieg und die Revolution trotz der überaus ungünstigen Verhältnisse im Graphischen Gewerbe gut überstanden und sich seither sehr gut entwickelt hat.

Zu den 2400 Mitgliedern von 1913, von denen 1916/17 zeitweise nur noch knapp 500 verblieben waren, sind inzwischen 3500 gekommen, so daß die Zahl 6000 nahezu erreicht ist. Obwohl allein an Unterführungen rund 70000 M. in der Zeit vom 1. Januar 1913 bis Ende 1918 ausgezahlt worden sind, ist das Verbandsvermögen gegenwärtig wieder auf rund 50000 M. angewachsen.

Die energische Tätigkeit auf dem Gebiete der Verbesserung der Arbeitsbedingungen fand ihren Ausdruck in zahlreichen Lohnbewegungen, die in der Regel zu Tarifverträgen führten. Die reichsweite Regelung der Arbeitsbedingungen für das Buchbindereipersonal, Buchdrucker-Gilbepersonal und die Papierarbeitergewerkschaft wird kräftig gefördert.

In einer Entschließung begrüßt die Generalversammlung alle Maßnahmen, die zu einer engeren Verbindung der gesamten christlich organisierten Arbeitergewerkschaft des Papierfachs führen können. Zunächst soll mit dem Gutenberghund und mit den Bruderverbänden in Desterreich und Schweiz und Holland ein entsprechendes Abkommen getroffen werden.

Die an der Verbandszentrale in Köln am Papierarbeitersekretariat in Düren und am jüdischen Sekretariat in München zusammengefaßte Arbeit der rund 50 Zahlstellen des Graphischen Zentralverbandes muß aus dem Grunde auch von unseren Mitgliedern und Funktionären nach Kräften gefördert werden, weil im graphischen Gewerbe die Kampfbereitschaftsbefreiungen der „freien“ Verbände besonders schwierige Verhältnisse geschaffen haben.

**Aus unserer Industrie.**

**Englische Wolle für Deutschland.**

Künftig wird aus London gemeldet, daß das Kriegshandelsamt die Absicht habe, die Genehmigung zur Ausfuhr von Wolle nach dem Auslande zu erteilen. Diese aus den britischen Kolonien stammende Wolle ist Eigentum der Regierung und durch die Transportverhältnisse in England selbst, die Beschränkungen in der Textilindustrie, durch die Verzögerung der Kohlenherzeugung besteht eine so große Nachfrage von Rohwolle in England, daß England jetzt Deutschland Gelegenheit geben möchte, seine Vorräte zu ergänzen.

Das Dresdner Forschungsinstitut für Textilindustrie, das 1917 unter Leitung des Chemikers Dr. G. Müller gegründet wurde, soll mit dem Institut in München, das

M. Gladbach, Krefeld, Reutlingen und Sorau zu einem Kuratorium der wissenschaftlichen Forschung der deutschen Textilindustrie zusammengefaßt werden, in das auch Arbeitnehmer aufgenommen werden. Dresden ist damit zum Mittelpunkt der Forschungstätigkeit auf dem Gebiete der Textilindustrie bestimmt.

**Die Lage der internationalen Textilindustrie.**

Aus Nordfrankreich wird gemeldet, daß während der letzten Zeit in Roubaix, Tourcoing und Lille, ebenso in Fournier und Reims, weitere Betriebe der Woll-, Baumwoll- und Leinenindustrie in Gang gesetzt worden sind. Die Seidenindustrie des Landes ist gut beschäftigt. Ebenso wird von günstigem Geschäftsgange aus der Spitzenindustrie berichtet. Die englischen Wollwarenfabrikanten sind nicht nur für Webwaren, sondern auch für Wirkwaren mit Aufträgen gut versehen. In der Baumwollindustrie scheint sich die Lage des Exportgeschäftes bessern zu wollen. Dagegen wird aus der Leinenindustrie gemeldet, daß dieser Zweig mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Alle Berichte aus Japan melden einen gewaltigen Aufschwung des Webstoffgewerbes, doch scheinen sich gewisse Schwierigkeiten den Fabrikanten im Export zu ergeben, da viele Abnehmer im Auslande die Beschaffenheit der gelieferten Waren bemängeln. In Spanien ist die allgemeine Lage des Webstoffgewerbes jetzt etwas besser, während Portugal weiterhin unter den ungünstigen Verhältnissen arbeitet. Ruhiger als bisher war der Geschäftsgang in der Textilindustrie der Vereinigten Staaten. Die südamerikanischen Textilindustriellen vergrößern sich von Tag zu Tag.

**Aus unserer Bewegung.**

**„Schamlose Gesellen“.**

Erst heute kommt uns ein Artikel der „Rheinischen Zeitung“, betitelt: „Schamlose Gesellen“, zu Gesicht, der in seinem Schlusse sich mit der Bewegung in der Mechanischen Zuteilpinnerei in Bonn befaßt, und hier von angeblichen Terrorismusfällen, die seitens der dortigen Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter ausgeübt worden seien, redet. Zur Klarstellung der Sachlage das Folgende:

Ende April oder Anfang Mai traten die Kolleginnen und Kollegen der Mechanischen Zuteilpinnerei in Bonn an unsern Verband heran mit der Bitte, für die Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten. Der Betrieb hatte ungefähr ein Jahr lang still gelegen und etwa 25 Leute, die jahrelang bei der Firma in Arbeit waren, hatte die Betriebsleitung mit Kosthandsarbeiten beschäftigt und durchgehalten. Da nun der Betrieb wieder in Gang gesetzt werden sollte, verlangten die Arbeiter eine tarifliche Regelung ihrer Verhältnisse. In verschiedenen Betriebsversammlungen wurde diese Frage besprochen und ein Entwurf zu einem Tarife aufgestellt und der Betriebsleitung eingereicht. Ende Mai fanden zwischen der Betriebsleitung, den Verbandsvertretern und dem Arbeiterausschuße Verhandlungen statt und man einigte sich mit Zustimmung der gesamten Belegschaft auf einer Grundlage, die den Leuten annehmbar schien. Untern 2. Juni wurde der Tarif unter ausdrücklicher Zustimmung der Arbeitergewerkschaft von der Betriebsleitung unterschrieben für die Dauer von drei Monaten. Die Sache ging gut, bis im Monat Juli auch eine Anzahl Mitglieder des „Deutschen Verbandes“ dort in Arbeit traten. Sofort ging die Hege gegen den christlichen Verband los, der angeblich viel zu niedrige Lohnsätze abgeschlossen hatte. Eine Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen traten zum Deutschen Verbande über und von diesem wurden Versammlungen veranstaltet, gegen den christlichen Verband gehegt und weitere Forderungen an die Betriebsleitung gestellt. Unsere Verbandsleitung erklärte sich bereit, für die Abänderung bestehender Uebenheiten mitzutreten, damit die Leute voll und ganz zu ihrem Rechte kommen sollten. Ein neuer Entwurf wurde ausgearbeitet und der Betriebsleitung unterbreitet. Die Betriebsleitung erklärte jedoch dem Ausschusse, daß sie nicht in der Lage sei, höhere Löhne zu zahlen. Wenn die Forderung aufrecht erhalten würde, dann würde sie den Betrieb wieder schließen. Sofort nachher wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt und am 15. August der Betrieb wieder stillgelegt. Es hatten schon 170 Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeit gefunden, die nun alle wieder entlassen wurden. Seitens unseres dortigen Kollegen wurde uns verschiedentlich befragt, was man mit den abgeschlossenen vorläufigen Wöhnen zufrieden gewesen sei. Die Handlungsweise der Betriebsleitung ist unter keinen Umständen gutzuheißen, da bestimmt möglich gewesen wäre, bei gegenseitigem Verhandeln eine für beide Teile annehmbare Grundlage zu finden. Insbesondere wäre der großen Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen Arbeitsgelegenheit geboten gewesen.

Die in der Notiz gebrauchte Wendung, daß den Mitgliedern des Deutschen Verbandes von unseren Kollegen die Bücher abgenommen worden seien und ihnen dafür solche unseres Verbandes gegen ihren Willen ausgestellt worden seien, ist eine bewährte Unwahrheit. Mit innerem Schmerz ist man an einem Montage an die Arbeit gegen unsern Verband gegangen und hat nicht gezögert und gesucht, bis man eine größere Anzahl in den Deutschen Verband übergeführt hatte. Um hier seine schamlose Handlungsweise im Bereiche zu betreiben, schreibt man sich folgende Unwahrheiten: Gerade das Gegenteil ist der Fall, das Bureau alle unsere Mitglieder im Bereiche bezogen.

Das über unsere Bewegung hinausgehende Verhalten, die gesamte Arbeiterschaft zu spalten, beweist ein

Fall in der benachbarten Beueler Zuteilpinnerei. Bei ihrer Agitation stellen sich die „freien“ Gewerkschaften immer auf den Standpunkt, die freien Gewerkschaften haben mit der Sozialdemokratie nichts zu tun, nur die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterinteressen sei ihre Aufgabe. Wie weit dies der Fall ist, soll einmal folgendes Vorkommnis erläutern. Der Arbeiterausschuß der Zuteilpinnerei Beuel wurde jüngsthin zu einer Besprechung zusammengerufen. Es handelte sich um einen Antrag der sozialdemokratischen Partei um Teilnahme an einem Demonstrationstuge gegen die Rheinische Republik. Die Arbeiterschaft wurde aufgefordert, am folgenden Mittwoch nachmittag die Arbeit ruhen zu lassen und sich an dem Umzuge zu beteiligen. Nach Verlesung des Antrages erklärte ein Mitglied des Ausschusses, da Gewerkschaft und Partei dasselbe sei, so sei es Pflicht eines jeden, mitzumachen. Ein Vertreter der christlichen Gewerkschaften gab die Erklärung ab, daß sich unsererseits an einem politischen Streik nicht beteiligt würde. Auf diese Erklärung hin wurden aus dem Ausschusse Stimmen laut, es wäre Pflicht, mitzumachen. Die nicht mitgingen, müßten an den Pranger gestellt und von den andern ins Gesicht gespußt werden. Dem christlichen Arbeitervertreter wurde weiterhin erklärt, er müsse an den Sitzungen der freien Gewerkschaften teilnehmen. Wenn er sich nicht beteilige, so würde er das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren. Das ist die Freiheit des 9. November. Ob es wohl noch größere Unfreiheit gibt, als die, welche die Sozialdemokraten über jene verhängen, die nicht ihrer Meinung sind? Unseren Mitgliedern aber rufen wir zu: Gebt diesen Leuten die richtige Antwort dadurch, indem ihr unermülich für unseren christlichen Textilarbeiterverband arbeitet zum Wohle des Ganzen. J. S.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

Neugersdorf. Die Ortsgruppen im Bereich von Neugersdorf veranstalteten am Sonntag, den 24. August, einen wohl gelungenen gemeinsamen Ausflug nach Rottmarisdorf. Bei ziemlich günstigem Wetter gab es ein Stelldichein, wie seit langem nicht. Gegen 4 Uhr war der Rottmarisdorf überfüllt. Nachzügler fanden keinen Platz mehr und mußten sich drücken, so gut es ging. Sogar die Kollegen jenseits der Grenzen stellten ihren Mann. Kollege Ranis konnte denn auch in seiner Begrüßung das rege Interesse feststellen, das alle Ortsgruppen an den Tag legten. Immer muß es so bleiben, zum Ruh und Frommen unserer Bewegung. Die Zusammenkunft war der Belehrung, Unterhaltung und Kameradschaftlichkeit gewidmet. Kollege Päder hielt einen Vortrag über den Werdegang von Stadt-, Volks- und Weltwirtschaft, dessen Betrieb sich nicht ohne Schaden in eine Schablonenpresse lassen. Die Arbeiterschaft gibt sich einer Täuschung hin, zu glauben, die Betriebsräte seien im heutigen Chaos das einzige Rettungsmittel. Wohl werden die Arbeiterrechte erweitert, jedoch sind noch lange nicht die Aufgabenstellungen zu finden. Dem Redner wurde Beifall zuteil. In Abwechslung wurden nimmehr humoristische Szenen und Gesangsbeiträge gegeben. Jede Ortsgruppe leistete dabei ihr Bestes. Besonders erwähnt sei die Sängergemeinschaft Waldorf, die durch ihren schönen Gesang zum guten Gelingen beitrug. Auch die Jugend kam auf ihre Rechnung. Tanz darf doch nicht fehlen. Nur zu schnell verfließen die Stunden. Bald hieß es Abschied nehmen. Schon frag man wieder, wann sehen wir uns in fechtlicher Zeit.

**Lokalbeamte, bezw. Hilfskräfte gesucht.**

Für die Bezirke Sachsen, Schlesten, Baden und Harren werden einige Lokalbeamte, bezw. Hilfskräfte gesucht.

Kollegen, welche die erforderlichen organisatorischen, rednerischen und schriftlichen Fähigkeiten besitzen, wollen unter Angabe der Dauer der Verbandszugehörigkeit und der Beitragsklasse umgehend Ihre Bewerbung an den Zentralvorstand, Düsseldorf 56, Kontorstraße 7, einreichen. Beizufügen ist ein kurzer, selbstgeschriebener Anlauf über die Aufgaben eines Lokalbeamten.

**Versammlungskalender.**

M.-Glabdach-Tarifs. 27. September, 5 Uhr, bei Tilles, Generalversammlung.

**Mitglieder, agitiert für den Verband!**

**Inhaltsverzeichnis.**

Artikel: Bericht über die außerordentliche Verbands-generalversammlung in Düsseldorf. — Allgemeine Rundschau: Mehr Schuß dem Mieter. — Reform der Reichsversicherungsordnung. — Kohlenkrise oder Transportkrise? — Steigerung der Kohlenförderung in England. — Ein U. S. P. D. Sängling als Schlichter. — Kostenverjüngung im kommenden Winter. — Die württembergische Gewerbeaufsicht. — Kriegsanleihe und Deutsche Volksversicherung. — Der Graphische Zentralverband. — Aus unserer Industrie: Englische Wolle für Deutschland. — Das Dresdner Forschungsinstitut für Textilindustrie. — Die Lage der internationalen Textilindustrie. — Aus unserer Bewegung: „Schamlose Gesellen“. — Berichte aus den Ortsgruppen: Neugersdorf. — Lokalbemte, bezw. Hilfskräfte gesucht. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: G. Müller, Düsseldorf.